

## ► Allgemeines

**Jubiläumstreffen des International Committee On Fundraising Organizations (ICFO) in Berlin.** Das ICFO bietet seit 50 Jahren ein weltweites Forum für nationale Prüfstellen zur Kontrolle Spenden sammelnder Organisationen. Das Komitee und seine Mitglieder haben das Ziel, sicherzustellen, dass das Sammeln von Spenden für wohltätige Zwecke seriös organisiert und durchgeführt wird und dass die gesammelten Spenden angemessen verwaltet und kompetent eingesetzt werden. Die Mitglieder des ICFO bauen „Brücken des Vertrauens“ zwischen glaubwürdigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und den Spendern und Spenderinnen. Hinsichtlich der Standards, nach denen die entsprechenden Kontrollvorgänge erfolgen, gibt es Unterschiede, aber der Grundgedanke aller Mitgliedsorganisationen des ICFO ist der gleiche: Die Spenderinnen und Spender sollen zuverlässige, unabhängige Informationen zur Glaubwürdigkeit, Effektivität und Leistung der jeweiligen Wohltätigkeitsorganisation erhalten. Das ICFO wurde im Jahr 1958 gegründet. Die Konferenz „Engaging Donors' Trust“ am 16. Mai 2008 in Berlin war Bestandteil der Aktivitäten zu seinem 50-jährigen Jubiläum. Sie wurde vom ICFO in Kooperation mit dem Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) organisiert. Das DZI ist das deutsche Mitglied des ICFO und der DIHK war bereits am allerersten internationalen Treffen unabhängiger Prüfstellen, mit dem vor einem halben Jahrhundert die Gründung des ICFO vollzogen wurde, beteiligt. Der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Axel Nawrath, begrüßte die über 80 Teilnehmenden der Konferenz. Diana Aviv, Präsidentin der bedeutsamen amerikanischen Dachorganisationen Independent Sector, sprach in ihrem Hauptvortrag über die Bedeutung von Selbstregulierung und unabhängiger Kontrolle im Vergleich zur staatlichen Kontrolle. Ihr folgte Helmut Anheier mit einem Beitrag über die Entwicklung des Dritten Sektors im globalen Rahmen. Weitere Themen waren: der Auftrag des ICFO und neue Herausforderungen bei der Zertifizierung von Wohltätigkeitsorganisationen, Evaluierung und Qualitätsmessung bei NGOs sowie die Schwächen von Selbstregulierung gegenüber unabhängiger Zertifizierung. Während der Jahrestagung nahm das ICFO die Taiwan NPO Self-Regulation Alliance als zwölftes Vollmitglied auf.

**Hilfsgesellschaften im Sinne der Genfer Konventionen.** Das Bundeskabinett hat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über das Deutsche Rote Kreuz (DRK) beschlossen. Das bisherige Gesetz beschreibt die Rechtsstellung des DRK und seine besonderen Aufgaben im humanitären Bereich. In die Gesetzesvorlage wurden nun auch die Johanniter und die Malteser aufgenommen, da auch sie freiwillige Hilfsgesellschaften im Sinne der Genfer Konventionen sind. Sollte der Gesetzentwurf das weitere Gesetzgebungsverfahren erfolgreich durch-

laufen, würde damit die Anerkennung der Johanniter und Malteser erstmals gesetzlich festgeschrieben werden.

*Quelle: Johanniter 2.2008*

## ► Soziales

**Pfändungsfreigrenze für Rentenbeziehende.** Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat sich fraktionsübergreifend dafür ausgesprochen, die allgemeinen Pfändungsfreigrenzen für Schuldner und Schuldnerinnen auch für Rentnerinnen und Rentner einzuführen. Bisher können Forderungen der Sozialleistungsträger mit Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung aufgerechnet werden. Die derzeitige Rechtslage diskriminiert damit Rentenbeziehende. Schuldner wird ein Freibetrag eingeräumt, damit ihnen eine lebenssichernde Existenz ermöglicht wird. Dies muss auch für Rentnerinnen und Rentner gelten.

*Quelle: Sozialverband Zeitung 6.2008*

**Deutsche sparen.** Die Deutschen haben ihre Sparanstrengungen Ende 2007 erheblich verstärkt. Im vierten Quartal legten die privaten Haushalte im Schnitt 9,7 % ihres verfügbaren Einkommens auf die hohe Kante. Das ist die höchste Sparquote seit 1994. Fachleute führen diese Entwicklung auf den kräftigen Anstieg der Lebenshaltungskosten zurück. Weil die Menschen wegen der Preisentwicklung verunsichert sind, legen sie ihr Geld lieber auf die Seite. *Quelle: Deutsche Angestellten Zeitung 3.2008*

**Bestattungskosten.** Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger haben beim Tod von Angehörigen Anspruch auf die Erstattung der Ausgaben für eine „einfache ortsübliche Bestattung“. Für die Überführung des Leichnams und die Vorfinanzierung der Grabnutzung in den kommenden Jahrzehnten wird keine Sozialhilfe gezahlt, entschied das Hessische Landessozialgericht (AZ L 9 SO 20/08 B ER). Ein Begräbnis werde nicht komplett von der Sozialhilfe übernommen, wenn es andere Familienmitglieder gibt. Der Beschluss ist unanfechtbar. *Quelle: VdK Zeitung 6.2008*

**Empfehlungen für den Einsatz von Einkommen und Vermögen in der Sozialhilfe (SGB XII).** Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Selbstverlag. Berlin 2008, 73 S., ohne Preisangabe \*DZI-D-8294\* Diese Broschüre beschreibt die aktuellen Bestimmungen, die festlegen, was bei Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) als einzusetzendes Einkommen zu berücksichtigen ist und was vom Vermögen verschont bleibt. Als Einkommen zählt alles, was jemand in der Bedarfszeit wertmäßig dazu erhält, und als Vermögen, was jemand in der Bedarfszeit bereits hat. Nach einer kurzen Beschreibung der Grundlagen folgen die Einzelheiten der juristischen Regelungen nach SGB XII. Abschließend werden die Vorschriften bezüglich des zu berücksichtigen Vermögens ausführlich beleuchtet. Die Empfehlungen sind als Arbeitshilfe für die Träger der Sozialhilfe konzipiert. Vertrieb über den Lambertus Verlag Freiburg, Internet: [www.lambertus.de](http://www.lambertus.de)

**Rückkehr in die Krankenversicherung.** Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sowie die Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. und das Bundesgesundheitsministerium werben gemeinsam für die Rückkehr in die Krankenversicherung. Mit Plakaten und Informationsblättern machen sie bundesweit auf die gesetzlichen Regeln

gen aufmerksam. Bei der Aktion geht es darum, Nichtversicherten die Rückkehr in die Krankenversicherung zu erleichtern. Per Gesetz besteht für sie seit dem 1. April 2007 ein Versicherungsverhältnis: Sie müssen eigentlich Beiträge bezahlen und haben Versicherungsschutz. Das Aktionsbündnis appelliert an die Krankenkassen, Menschen in sozialen Notlagen die bereits angefallenen Beiträge zu erlassen. Die Wohlfahrtsverbände wollen allen noch Unversicherten bei Problemen mit Beratungen zur Seite stehen. Mit ihrem dichten Netz lokaler Beratungsstellen verfügen sie über einen guten Zugang zu Nichtversicherten. Seit Inkrafttreten der Gesundheitsreform im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der Nichtversicherten in Deutschland deutlich verringert. Über 100 000 ehemals Unversicherte kehrten in die gesetzliche Krankenversicherung zurück, einige Tausend in private Kassen. *Quelle: Rotkreuz Magazin 2.2008*

**Elterngeld.** 52,5 % der Mütter, denen für ihr 2007 geborenes Kind Elterngeld bewilligt wurde, waren vor der Geburt erwerbstätig; bei den Vätern waren es 77 %. Während von den vor der Geburt des Kindes erwerbstätigen Müttern 85 % ein Elterngeld beziehen, bevorzugen von den vor der Geburt des Kindes erwerbstätigen Vätern zwei Drittel eine „Babyzeit“ von zwei Monaten. Insgesamt wurden von Januar 2007 bis März 2008 knapp 720 000 Anträge auf Elterngeld bewilligt. Die Zahl der Väter, die für ihr 2007 geborenes Kind Elterngeld bewilligt bekamen, hat sich inzwischen auf 87 400 erhöht. Damit ist ihr Anteil auf 12,1 % angestiegen. In den neuen Bundesländern übertrifft der Wert von 12,6 % den in den alten Bundesländern (11,9 %). *Quelle: Statistisches Bundesamt 214/08*

## ► Gesundheit

### Gute Praxis zur Förderung von Kindergesundheit.

Das Bundeskabinett verabschiedete Ende Mai 2008 seine „Strategie zur Förderung der Kindergesundheit“. Chancengleichheit für alle Kinder, unabhängig von sozialer Herkunft oder dem Kulturkreis, wird als Ziel benannt. Frühe und aufsuchende Hilfen sollen verstärkt Familien in belasteten Lebenslagen erreichen, so die Bundesregierung. In dem kürzlich von UNICEF vorgelegten Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland wird die schwierige Situation von Ein-Eltern-Familien betont. Der Kooperationsverbund „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ stellt Angebote vor, die sich genau an solche Zielgruppen richten. Initiiert von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung haben sich im Kooperationsverbund 50 Organisationen zusammengeschlossen, um eine „Gute Praxis“ der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten zu unterstützen. Ausgewählt werden die „Good Practice“-Angebote anhand von zwölf Kriterien in einem mehrstufigen, standardisierten Verfahren unter Beteiligung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis. Diese Initiative wird auch im jüngsten Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung gewürdigt. Unter den bisher 75 Beispielen gelungener Praxis findet sich auch ein gutes Dutzend, das die Situation von Ein-Eltern-Familien besonders berücksichtigt. Viele der Angebote sind zudem direkt in sozialen Brennpunkten angesiedelt und zeichnen sich durch eine leichte Erreichbarkeit aus. Projekte wie „Adebar“ aus Hamburg oder „Schutzengel“ aus Flensburg kombinieren zudem

verschiedene Unterstützungsangebote. So bieten beispielsweise Elterncafés Gesprächs- und Beratungsmöglichkeiten bei gleichzeitiger Kinderbetreuung. Andere Angebote wie die „Eltern AG“ aus Magdeburg setzen auf eine Kombination aus Wissensvermittlung, Stressmanagement und sozialem Lernen zur Förderung von Elternkompetenzen. Die Beispiele guter Praxis sind als Vorbilder für die Weiterentwicklung bestehender und neuer Angebote gedacht und im Internet unter [www.gesundheitliche-chancen.gleichheit.de](http://www.gesundheitliche-chancen.gleichheit.de) zu finden. *Quelle: Pressemitteilung Kooperationsverbund Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten vom 27. Mai 2008*

**Kliniken als Zuflucht für Pflegebedürftige.** In Großbritannien werden ständig mehr als 2 000 Betten in den staatlichen Krankenhäusern von Pflegebedürftigen in Anspruch genommen, die keine Familienangehörigen haben, die sich um sie kümmern können. Diese Betten stehen somit Akutkranken nicht zur Verfügung. Nach Zahlen des National Health Service waren das etwa 30 % mehr als ein Jahr zuvor. Für den britischen Arztbund liegt dies am Abbau sozialer und ambulanter Versorgungsangebote. Deshalb müssten immer mehr Pflegebedürftige statt zum ambulanten Pflegedienst in die nächste Klinik gehen. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 5.2008*

### Versorgung von Menschen mit Demenzerkrankung

**in Bayern.** Derzeit gibt es in Bayern rund 150 000 altersverwirrte Menschen, deutschlandweit sind es rund eine Millionen Betroffene. Prognosen zufolge wird diese Zahl in den kommenden 20 Jahren auf über 1,5 Mio. ansteigen. Im ambulanten Bereich tragen pflegende und betreuende Angehörige die Hauptlast der häuslichen Versorgung. Um diese zu unterstützen und zu entlasten, fördert der Freistaat seit 1998 im Rahmen des „Bayerischen Netzwerks Pflege“ 90 Fachstellen für pflegende Angehörige. Zudem hat Bayern vor fünf Jahren als eines der ersten Bundesländer das Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz umgesetzt. 160 Angehörigengruppen, über 100 Betreuungsgruppen für verwirrte ältere Menschen und 60 ehrenamtliche Helferkreise werden seither als niedrigschwellige Betreuungsangebote mit rund 2,5 Mio. Euro gefördert. Hinzu kommen dreizehn Modellprojekte zu neuen Versorgungskonzepten, insbesondere für Demenzkranke. Da die Behandlung und Betreuung von Demenzkranken einschlägiges Wissen ebenso wie geeignete Umgangsweisen erfordern, ist die Aus-, Fort- und Weiterbildung aller mit der medizinischen Versorgung und Pflege gerontopsychiatrisch erkrankter Menschen befassten Berufsgruppen äußerst wichtig. Bayern habe deshalb in den letzten zehn Jahren rund 14 Mio. Euro in die Fort- und Weiterbildung in der Altenhilfe investiert. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 276.08*

## ► Jugend und Familie

**Zukunftsperspektiven für eine Jugendpolitik in Europa.** Deutschland kann dazu beitragen, die Stärken der eigenen Kinder- und Jugendhilfe in die europäische Politikgestaltung mit einzubringen und dabei auch die Beteiligung junger Menschen an dem Prozess zu fördern. Deutschland hat zudem im Rahmen der europäischen jugendpolitischen Zusammenarbeit auch die Chance, von den Erfah-

rungen anderer europäischer Mitgliedstaaten zu lernen und die eigenen Aktivitäten zu spiegeln, um mit neuen Ideen die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland zu befördern. Die Europäische Kommission plant für das Jahr 2008 einen Beratungs- und Reflektionsprozess zur Zukunft der Jugendpolitik in Europa. In diesem Zusammenhang sind alle Mitgliedstaaten gebeten, sich an der Auseinandersetzung mit der bisherigen Zusammenarbeit zu beteiligen sowie Anregungen und Meinungen für eine Jugendpolitik der Zukunft abzugeben. Vor diesem Hintergrund hat der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) ein Positionspapier verabschiedet, das darstellt, wie eine Jugendpolitik in Europa gestaltet werden könnte. Das Papier steht unter [http://www.agj.de/pdf/5/Zukunftsperspektiven\\_Europa.pdf](http://www.agj.de/pdf/5/Zukunftsperspektiven_Europa.pdf) zur Verfügung. *Quelle: Presseinformation der AGJ vom 8. Juni 2008*

**Alle Kinder befähigen.** Das Buch zur Initiative. Hrsg. Gertrud Rogg. Lambertus Verlag. Freiburg im Breisgau, 103 S., EUR 9,90 \*DZI-D-8263\*

Spätestens seit der Veröffentlichung der Pisa-Ergebnisse und des Zweiten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung 2005 ist bekannt, dass in Deutschland Kinder aus sozial schwachen Familien vergleichsweise schlechte Bildungschancen besitzen. Und Jugendliche ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung tragen ein hohes Armutsrisiko. So widmet sich die vorliegende Broschüre der Frage, wie die gesellschaftliche und berufliche Integration benachteiligter Kinder und Jugendlicher unterstützt werden kann. Theoretische Grundlage ist das vom Amartya Sen entwickelte Konzept der Befähigungsgerechtigkeit, das sich auf die Verteilung von Lebenschancen und Vewirklichungsmöglichkeiten bezieht. Im Einzelnen dokumentiert die Broschüre verschiedene Projekte im Zusammenhang mit der seit dem Jahr 2005 laufenden Befähigungsinitiative des Deutschen Caritasverbandes, wie zum Beispiel Ausbildungspatenschaften und Initiativen in den Bereichen der Schulsozialarbeit, der Gemeinwesenarbeit oder der Corporate Citizenship. Bestelladresse: Deutscher Caritasverband, Projektleitung Befähigungsinitiative, Karlstraße 40, 79100 Freiburg im Breisgau, Tel.: 07 61/200-668

**Investition Jugendhilfe.** Jugendhilfe wirkt! Das belegen Forschungen des Instituts für Kinder- und Jugendhilfe (IKJ). In 70 % der Fälle stellte das Institut positive Verläufe und stabile Veränderungen fest. Langfristig gesehen stehen durchschnittliche Kosten von 120 000 Euro für Jugendhilfemaßnahmen in den Bereichen Bildung, Arbeit, Gesundheit oder Kriminalität ein volkswirtschaftlicher Nutzen von 360 000 Euro gegenüber. Jugendhilfemaßnahmen zahlen sich also dreifach aus. Fazit des Instituts: Ausgaben für die Jugendlichen sind keine Kosten, sondern Investitionen, und daher seien kurzfristige Sparmaßnahmen in diesem Bereich zu verurteilen. *Quelle: Sozialcourage 2.2008*

**Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter.** Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern. Hrsg. Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention des DJI. Selbstverlag. München 2007, 359 S., kostenlos \*DZI-D-8253\*

Vor dem Hintergrund der politischen Debatten um eine Verschärfung des Jugendstrafrechts entstand im Jahr 2006

diese Veröffentlichung zum Thema Gewaltprävention. Konzipiert und erstellt wurde sie durch die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München in Kooperation mit dem Deutschen Forum für Kriminalprävention und der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder. Im Mittelpunkt stehen Wege der Gewaltprävention in den Handlungsfeldern Familie, Kindertagesbetreuung, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Polizei und Justiz, wobei auch Themen wie Migration, Gender, Medien und Partizipation aufgegriffen werden. Die Berichte geben vielfältige Anregungen für Politik, Fachpraxis und Forschung. Am Schluss steht das Fazit, dass Gewalt im Kindes- und Jugendalter eine Herausforderung an alle gesellschaftlichen Gruppen darstellt, der durch die Zusammenarbeit verschiedener Bereiche begegnet werden müsse. Bestelladresse: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention, Postfach 90 03 52, 81503 München

## ► Ausbildung und Beruf

**Veränderung der Semesterzeiten.** Die Hochschulrektorenkonferenz will die Semesterzeiten der Universitäten vom Jahr 2010 an ändern. Aus dem Wintersemester, das bislang vom 1. Oktober bis zum 31. März dauert, soll ein Herbstsemester mit Laufzeit vom 1. September bis zum 28. Februar werden. Die Vorlesungen und Seminare würden dann schon am ersten Montag des Septembers starten und bis spätestens Ende Januar dauern. Gleichzeitig würde aus dem Sommer- ein Frühjahrssemester mit der Vorlesungszeit von Anfang März bis Ende Juni. Die Rektorinnen und Rektoren wollen den deutschen Universitätskalender an internationale Standards anpassen und grenzüberschreitende Hochschulwechsel erleichtern. *Quelle: Uni Spiegel 3.2008*

**25-jähriges Jubiläum des Senior Experten Service (SES).** Der SES feierte im Mai 2008 sein 25-jähriges Bestehen mit einem Festakt. Im Rahmen des SES engagieren sich Rentnerinnen und Rentner mit ihrer beruflichen Erfahrung ehrenamtlich vorwiegend in kleinen und mittleren Unternehmen, öffentlichen Institutionen, Kommunen, Ausbildungseinrichtungen und internationalen Organisationen. Der SES wurde 1982 unter Obhut des Deutschen Industrie- und Handelskammertages mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ins Leben gerufen. Seit dem Jahr 2003 wird die gemeinnützige GmbH von einer Stiftung getragen. *Quelle: Nachrichtendienst Bürgergesellschaft 5.2008*

**seniorTrainerinnen und seniorKompetenzteams.** Erfahrungswissen und Engagement älterer Menschen in einer neuen Verantwortungsrolle. Hrsg. Dietrich Engels und andere. ISAB-Verlag. Köln 2007, 254 S., EUR 12,-

\*DZI-D-8254\*

Dieser Bericht dokumentiert die Evaluation des Modellprogramms „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI), das in den Jahren 2002 bis 2006 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit zehn Bundesländern durchgeführt wurde. Im Verlauf des Programms wurden rund 1000 ältere Menschen zu *senior*Trainerinnen und -trainern qualifiziert, um ihre Kompetenzen für eine Tätigkeit im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements zu stärken. Das Spektrum der gewählten Aktivitäten war

breit gefächert mit Schwerpunkt im sozialen Bereich. Ziel des Programms war es, zu einem gesellschaftlich akzeptierten Rollenbild des Alters beizutragen und die Lebensqualität im Alter zu erhöhen. Bestelladresse: ISAB Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung GmbH, Overstolzenstraße 15, 50677 Köln, Tel.: 02 21/41 20 94, Fax: 02 21/41 70 15

**Freiburger Fachhochschulteam prämiert.** Für seine Initiative „Anerkennung durch Engagement“ erhält der Freiburger Psychologieprofessor Gerhard Veith einen mit 10 000 Euro dotierten Projektpreis im Transatlantischen Ideenwettbewerb USable der Hamburger Körber-Stiftung. Im Projekt kooperieren der Studiengang Soziale Arbeit an der Katholischen Fachhochschule Freiburg, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen miteinander. Zwei amerikanische Pädagogikkonzepte standen dabei Pate: Die Positive Peer Culture, die Nutzung des positiven Einflusses, den auch schwierige Jugendliche aufeinander haben können, und Service Learning, das Lernen durch gemeinnütziges Tun. Das Projekt soll verhaltensauffälligen Jugendlichen dabei helfen, Ressourcen freizusetzen, mit denen sie ihre Lebenswege erfolgreich gestalten können. Wie zum Beispiel beim Charity-Projekt „An die Teller, fertig, los!“. Vier Jungen aus einer sozialpädagogischen Wohngruppe organisierten gemeinsam mit Studentinnen ein Galadinner; der Erlös ging an einen Kinderhort in Afrika. *Quelle: Pressemitteilung der Körber-Stiftung vom 2. Juni 2008*

**Heilpädagogik und das Fremde.** Für Menschen. Mit Menschen. Mit diesem Thema richtet der Berufs- und Fachverband Heilpädagogik e.V. (BHP) seine diesjährige Bundesfachtagung in Fulda aus. Alle Kolleginnen, Kollegen, Interessierte, Studierende und Mitglieder des BHP sind eingeladen, sich in mehr als 16 Foren und Diskussionspodien an einem Erfahrungsaustausch zu beteiligen. Eine Onlineanmeldung ist unter [www.heilpaedagogikwirkt.de](http://www.heilpaedagogikwirkt.de) möglich. *Quelle: Pressemitteilung des BHP vom 22. Mai 2008*

**Studium Public-Management Betreuung und Vormundschaft.** Die Akademie für öffentliche Verwaltung und Recht, ein Institut der staatlich anerkannten Steinbeis-Hochschule Berlin, bietet seit zwei Jahren diesen berufsbegleitenden Bachelorstudiengang mit staatlich anerkanntem Hochschulabschluss an. Das dreijährige Studium für rechtliche Betreuerinnen und Betreuer, Vormünder und Verfahrenspflegerinnen startet zum dritten Mal im Dezember 2008. Bewerbungen werden bis Ende September 2008 entgegengenommen. Informationen: Akademie für öffentliche Verwaltung und Recht, Internet: [www.aoev.de](http://www.aoev.de)

**9.-11.9.2008 Köln.** ASD-Bundeskongress 2008: „ASD – wichtiger denn je!“ Anmeldung: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-605, E-Mail: [veranstaltungen@deutscher-verein.de](mailto:veranstaltungen@deutscher-verein.de)

**12.-14.9.2008 Trier.** Seminar: Anerkennung und Respekt als Lebensenergien. Konzepte und Methoden der systemischen Transaktionsanalyse. Anmeldung: Katholische Akademie Trier, Postfach 23 20, 54213 Trier, Tel.: 06 51/81 05-232, E-Mail: [anmeldung.jat@bgv-trier.de](mailto:anmeldung.jat@bgv-trier.de)

**23.-25.9.2008 Eisenach.** EREV-Forum: Wettbewerbliche Steuerung und Finanzierung der Jugendhilfe. Information: Evangelischer Erziehungsverband e.V., Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-13, E-Mail: [info@erev.de](mailto:info@erev.de)

**24.-26.9.2008 Berlin.** Kongress und Fachmesse: Integration verpflichtet – Die Beiträge der Caritas. Information: Deutscher Caritasverband e.V., Abt. Soziales und Gesundheit, Referat Migration und Integration, Karlstraße 40, 79104 Freiburg im Breisgau, Tel.: 07 61/200-747, E-Mail: [Helene.Ehemann@caritas.de](mailto:Helene.Ehemann@caritas.de)

**27.-28.9.2008 Bonn.** 1. Tagespflege-Tage 2008: Das Laufstall-Wochenende. Information: Verlag interna, Auguststraße 1, 53229 Bonn, Internet: [www.laufstall.de/tagespfeletage/anmeldungsunterlagen.htm](http://www.laufstall.de/tagespfeletage/anmeldungsunterlagen.htm)

**1.-2.10.2008 Freiburg im Breisgau.** Freiburger Arbeitstherapie-tage: Auswirkungen des globalisierten Marktes – Herausforderung und Antworten für die Arbeitstherapie. Information: AGJ Fachverband für Prävention und Rehabilitation in der Erzdiözese Freiburg e.V., Oberau 21, 79102 Freiburg im Breisgau, Tel.: 07 61/218 07-41, E-Mail: [fortbildung@agj-freiburg.de](mailto:fortbildung@agj-freiburg.de)

**9.-11.10.2008 Erfurt.** 5. Kongress der Deutschen Alzheimer Gesellschaft: Selbsthilfe Demenz. Aktiv für Demenzerkrankte. Anmeldung: CTW, Congress Organisation Thomas Wiese, Hohenzollerndamm 125, 14199 Berlin, E-Mail: [alzheimer@ctw-congress.de](mailto:alzheimer@ctw-congress.de)

**15.10.2008 Güstrow.** Kinderschutzkonferenz: Gemeinsam tagen – gemeinsam handeln. Information: Schabernack – Zentrum für Praxis und Theorie der Jugendhilfe e.V., Schabernack 70, 18273 Güstrow, Tel.: 038 43/83 38-0, E-Mail: [info@schabernack-guestrow.de](mailto:info@schabernack-guestrow.de)

**17.-19.10.2008 Hannover.** 6. Mädchenkonferenz für Mädchen und junge Frauen mit Behinderung. Information: Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., Brehmstraße 5-7, 40239 Düsseldorf, Tel.: 02 11/640 04-16, E-Mail: [mimmi@bvkm.de](mailto:mimmi@bvkm.de)